Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1863

29.1.1863 (No. 24)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 29. Januar.

Nr. 24.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1863.

Alle Posterpeditionen nehmen Bestellungen an auf die Monate Februar und März der Karlsruher Zeitung.

Telegramme.

△ **Frankfurt,** 28. Jan. Die hier erscheinende „Europe" will aus angeblich „authentischer Quelle" erfahren haben, der Kaiser Napoleon stelle in seinen Weisungen an den General Forey als erste Friedensbedingung für Mexiko die Abtretung der gold- und silberreichen Provinz Sonora mit Guaymas, Mexiko's bestem Hafen, auf.

Ferner meldet die „Europe" aus „offizieller" Quelle gegenüber der „Patrie": Pasolini habe dem griechischen Gesandten Roque zu Turin, und der italienische Gesandte zu Athen der dortigen provisorischen Regierung erklärt: Viktor Emanuel willige ein — wenn die Schutzmächte nicht dagegen seien —, daß der Herzog von Aosta den griechischen Thron besteige.

Weimar, 27. Jan. (Köln. Ztg.) Nach Mittheilungen aus Gotha vom heutigen Tage hat der Herzog von Koburg die Kandidatur der Krone Griechenlands definitiv abgelehnt.

Turin, 25. Jan. Vizeadmiral Arace di Negro ist zum Marineminister ernannt. Graf Pepoli geht als Gesandter nach Petersburg.

Korfu, 23. Jan. Die Handelskammer protestirt einstimmig gegen die Behauptung auswärtiger Blätter, sie wünsche den Anschluß an Griechenland nicht, und habe der Dankadresse ihre Unterschrift verweigert. Jonische Blätter behaupten, daß Niemand auf den Jonischen Inseln sei, der die Union nicht wolle.

✕ Ein Fragment des großdeutschen Gedankens.

Ἐυρηκα! ruft die „Augsburger Allgemeine" triumphirend aus; das badische Votum in der Delegirtenfrage, das ihr und ihren Schwestern schon so viel Kopfzerbrechens gekostet hat, ist nichts Anderes, als ein „Fragment des großdeutschen Gedankens". Dieser selbst, in seiner ganzen Fülle, wie er von der Augsburgerin und der „Postzeitung", von dem „Staatsanzeiger für Württemberg" und dem „Karlsruher Anzeiger" vertreten wird, ist freilich unendlich entwicklungsfähiger, reicher, höher; er besteht bekanntlich darin, für eine dem Bunde nicht zustehende Thätigkeit (der Gesetzgebung) eine Versammlung von deutschen Landtags-Abgeordneten zu berufen, die kein Recht und keine Macht haben sollen, außer der Befugniß, über die künftige deutsche Zivilprozeßordnung eine unmaßgebliche Meinung zu äußern, an die weder der Bundestag, noch die Landesregierungen, noch die Einzelstaaten gebunden wären. Die Augsburgerin will sogar für die Delegirtenversammlung noch ein Uebriges thun, und ihr das Recht zugestehen, den Bundestag über die deutsche Politik zu interpelliren, obgleich er nicht ihr Schöpfer, sondern ihr Geschöpf ist, sofern man überhaupt die resultirende aus den divergirenden Ansichten und Bestrebungen von einigen dreißig deutschen Regierungen mit dem Namen deutsche Politik belegen darf. Unser Volk ist aber eigensinnig genug, die Herrlichkeit des großdeutschen Gedankens hartnäckig zu verkennen, obgleich doch unzweifelhaft da, wo einstweilen noch gar nichts, d. h. das großdeutsche Programm, ist, der schönste Raum zu den großartigsten Schöpfungen sich findet. Dieser Unglauben macht der „Augsburger Allgemeinen" und Konsorten viel Kummer, und sie kann sich offenbar der Besorgniß nicht erwehren, „das Fragment des großdeutschen Gedankens" könne in deutschen Händen mehr wirken, als der großdeutsche Gedanke ganz und gar in der Hand seiner ursprünglichen Entdecker.

Wir glauben unsere liebe alte Freundin vollkommen beruhigen zu können. Wird gleich jeder Verständige urtheilen, ein Fragment, welches mir das Recht gibt, bei Bewilligung der Matrikularbeiträge und der Bundeskontingente mitzustimmen, ist zwar sehr wenig, aber doch immer mehr als das Ganze, welches mich auf einen Rath über die künftige Prozeßordnung beschränkt, so wird sich doch schwerlich irgend Jemand für eine Delegirtenversammlung mit jenem Bewilligungsrecht begeistern, und Denjenigen, welcher die badische Regierung dafür, daß sie eine derartige Einrichtung angedeutet hat, als Förderin der deutsch-nationalen Reform begrüßen wollte, würde dieselbe sicher als verkappten Ritter aus Augsburg zurückweisen.

Der Versuch, aus dem Bundestage durch Beigabe einer irgend wie organisirten Volksvertretung einen brauchbaren Lenker unserer nationalen Angelegenheiten zu machen, ist in unsern Augen nicht viel besser, als die Forschung nach der Quadratur des Zirkels. Wir trauen uns so viel politische Mathematik zu, um die Erfolglosigkeit jedes derartigen Versuches voraus zu wissen; wir sind aber billig genug, Denjenigen, die es nicht wissen, oder es nicht zu wissen vorgeben, einen Versuch zu gönnen in einer Zeit, in welcher ein ernstes Handeln doch nicht möglich ist. In der nämlichen offen ausgesprochenen Tendenz versuchte der eventuelle Vorschlag unserer Regierung über den Delegirtenplan in einer Lage, da derselbe ungeachtet seiner reellen Bedeutungslosigkeit das letzte schwache Band, das Deutschland zusammenhält, zu zerreißen drohte, für jenes allerdings höchst überflüssige Experiment eine unschädliche Gelegenheit zu eröffnen, bei welcher möglicher Weise ein wenn auch nur sehr kleiner Gewinn für die konstitutionellen Grundsätze herauskommen konnte. Wir denken, unsere Regierung wird über die Autorschaft der von ihr geäußerten Gedanken mit Niemanden rechten, und wenn der „deutsche Reformverein" sich wirklich schon früher mit der bescheidenen Neuerung getragen hat, die Matrikularbeiträge und die Höhe der Bundeskontingente von der Bewilligung einer Delegirtenversammlung abhängig zu machen, wird man es hier schwerlich der Mühe werth halten, über die Priorität des Gedankens mit ihm zu streiten. Unsere Regierung hat ja wiederholt und jüngst noch in ihrem Votum über die Delegirten erklärt, daß sie eine genügende Reform nur von einem ganz andern Ausgangspunkt, von dem der Reichsverfassung von 1849 aus, für möglich hält. Diesem ihrem Standpunkte ist die badische Regierung nicht untreu geworden, wenn sie für das von der einen Seite eben so eifrig befürwortete, wie von der andern eifrig zurückgewiesene Projekt einer Delegirtenversammlung eine rechtlich nicht zu beanstandende und jedenfalls unschädliche Anwendung zeigte. Die Konzession, welche sie dabei den Anhängern einer andern Ansicht machte, bestand darin, daß sie dem Versuch einer Belebung des Bundestags im nationalen Sinn, obgleich von seiner Erfolglosigkeit überzeugt, in einer Zeit nicht entgegenzutreten sich bereit erklärt, in welcher sie eine Verwirklichung ihrer eigenen Reformideen als unmöglich erkannte. Daß sie eine Nationalvertretung durch Delegation aus den Einzelkammern, statt auf direkter Wahl beruhend, für zuläßig erachtet, hält dagegen die „Augsburger Allgemeine" mit Unrecht für ein Aufgeben früher vertheidigter Grundsätze; schon vor einem Jahr bei der ersten offiziellen Inangriffnahme der deutschen Reform hat unsere Regierung jene Frage für eine offene erklärt; und obgleich dem Wesen einer Nationalvertretung unzweifelhaft die direkte Volkswahl besser entspricht, als die Delegation, so ist doch die letztere, welche ohnehin für das einträchtige Zusammengehen der National- und der Landesvertretungen manche Vortheile bietet, sicher nicht so unerträglich, daß man um ihretwillen eine sonst brauchbare Reform zu verwerfen berechtigt wäre.

Das „Fragment des großdeutschen Gedankens", das die „Augsburger Allgemeine" unverkennbar sehr ungern in badischen Händen sah, fürchtend, es könne in diesen Händen etwas Anderes daraus werden, ist ihr bereits wieder zum Alleinbesitz überlassen. Es sollte nur dazu dienen, den scheinbar sehr erhitzten Parteien ein neutrales Gebiet zu zeigen, auf dem sie sich unbeschadet ihrer Prinzipien vertragen könnten; es ist für diesen Zweck überflüssig geworden und mag wieder mit den Stammideen, wie sie am Lech üppig emporschießen, sich verbinden. Eines möchten wir aber der Augsburgerin doch noch bemerken. Man ist hier zu Lande, von wenigen extremen Parteigängern abgesehen, darüber ziemlich einig, daß von einer Reform des Bundestages wenig oder richtiger gesagt nichts zu erwarten ist; man ist aber darum nicht so thöricht, den Gegnern das Feld allein zu überlassen und ihnen den wohlfeilen Ruhm zu gönnen: „Ja, hättet Ihr uns gewähren lassen, wir hätten Gott weiß welche Wunderdinge verrichtet." Wir machen mit, und so wenig wir bloße Spielverderber sind, so bestehen wir doch auf Einhaltung der Spielregeln. Wir verlangen also einen wirklichen Einsatz, und wäre er auch noch so klein, keinen blos scheinbaren; und wir bestehen auf erfüllbaren Bedingungen des Spiels und dulden kein Angebot, von dem man voraus weiß, daß die Gegenpartei es zurückzuweisen berechtigt und entschlossen ist. Wenn bei diesem Verfahren die großdeutschen Gedanken zu Fragmenten werden, welche ihre Urheber nicht mehr anerkennen wollen, — um so schlimmer dann für die „großdeutschen Gedanken".

* Aus dem preußischen Abgeordnetenhause.

Adreßdebatte.

Berlin, 27. Jan. Die Sitzung beginnt ¼11 Uhr. Am Ministertisch: Ministerpräsident v. Bismarck, v. Bodelschwingh, Graf Itzenplitz, v. Mühler, Graf zur Lippe, v. Selchow, Graf Eulenburg.

Der Ministerpräsident legt zuerst einen Gesetzentwurf vor, betr. die Jubiläumsfeier des Hubertusburger Friedens, und verliest danach eine königl. Ordre vom 18. Jan., betr. die 50jährige Feier des Aufrufs Friedrich Wilhelm's III. an sein Volk, und im Namen des abwesenden Kriegsministers einen Gesetzentwurf, betr. die Versorgung der Invaliden aus den Jahren 1806, 1807 und 1812.

Zur Tagesordnung, die Berathung über eine an den König zu erlassende Adresse betreffend, übergehend, schlägt der Präsident vor, mit der Generaldiskussion über die Adreßentwürfe der Abgeordneten v. Virchow, Frhrn. v. Vincke und Reichensperger die Diskussion über die Frage, ob überhaupt eine Adresse erlassen werden soll, zu verbinden; dann die Spezialdiskussion über die Entwürfe folgen zu lassen; hierauf soll eine Abstimmung über die Frage: ob überhaupt eine Adresse erlassen werden soll, stattfinden; wird diese Frage bejaht, dann soll mit einer definitiven Abstimmung über den Adreßentwurf der Kommission geschlossen werden. Das Haus stimmt diesem Gange der Berathung bei und der Präsident fordert die Abgeordneten, die das Wort nehmen wollen, auf, sich zu melden. Es melden sich für eine Adresse und den Kommissionsentwurf die HH. Schulze (Berlin), v. Carlowitz, Dr. Virchow, Velthusen, Twesten, Maibauer, v. Unruh, Janiczewski, Dr. Waldeck, Pannier, Dr. Frese. Gegen den Entwurf sind eingeschrieben: v. Benda, v. Scherr, Toß, Dr. Zehrt, v. Bonin (Stolp), Reichensperger (Geldern), Reichensperger (Bockum), v. Denzin, Graf Schwerin, Osterrath, Graf Bethusy-Huc, zusammen 21 Redner.

Zur Einleitung nimmt das Wort der Berichterstatter Hr. v. Sybel: Der Entwurf habe nicht den Zweck, eine Antwort auf die Thronrede zu sein; vielmehr sei er eine Schrift über die wahre Lage des Landes, welche das Land an den Stufen des Thrones niederlege. Es sei thatsächlich, daß die Verfassung von den Ministern verletzt worden; darüber seien alle Mitglieder der Kommission einig gewesen. Redner verliest dann noch eine Stelle aus dem Protokoll der Kommissionssitzung, welche die von dem Ministerpräsidenten in der Kommission gesprochenen Worte enthält. Er bemerkt, es sei eine Verletzung des §. 81 der Verfassung von Seiten des Ministers, zu sagen: der König könne die Adresse nicht annehmen. Die Adresse sei keine Drohung, sondern eine Stütze der Krone. Es sei die Adresse von vielen Seiten als offensiv bezeichnet worden; sie sei jedoch höchst defensiv. Sie gipfele in den Worten, daß Se. Majestät die Verfassung schütze und geschützt wissen wolle; sie führe Thatsachen an, bei welchen es Pflicht der Minister gewesen wäre, Se. Majestät darauf aufmerksam zu machen, daß dieselben gegen die Verfassung verstoßen. Es sei unmöglich, um die Wegräumung von Beschwerden zu bitten, wenn man die Thatsachen nicht klar lege. Aus diesem Gesichtspunkt möge der Entwurf von dem Hause geprüft werden.

Abg. v. Benda gegen den Entwurf. Seine Freunde hätten sich in der Kommission bemüht, die Härten des Entwurfs zu mildern. Er habe der Adresse des Abg. v. Vincke im Anfang und Schluß vollkommen zugestimmt; er glaube aber, die Adresse werde da, wo sie wirken solle, eben so wenig verstanden werden, wie im Volke. Man hänge im Lande mit alter Treue am Thron; es könne dem Lande nicht angenehm sein, wenn es sehe, daß die Virchow'sche Adresse Dinge enthalte, welche an allerh. Stelle eine bittere Stimmung herbeiführen können. Es sei in der Rede des Ministers in der Kommission die Person Sr. Majestät mit den bezüglichen Handlungen des Ministeriums identifizirt.

Abg. Waldeck dafür. Am 17. Sept. erklärte das Haus, daß es der Heeresorganisation nicht beistimmen könne; am 7. Okt. hätten andere Mitglieder, welche sonst verschieden denken, sich in demselben Sinn erklärt. Es sei kein Etat für 1862 erschienen, und doch seien die Ausgaben fortgeführt worden; er habe den Etat für 1863 nicht gesehen, glaube aber, daß die Spezialetats eben so wenig ermäßigt seien. Es gebe in der Geschichte keine Beispiele, wodurch ein solches Verfahren gerechtfertigt werden könne. Auf diese Weise siehe ein perennirender budgetloser Zustand in Aussicht. Redner erklärt, er glaube, der Präsident habe sich durch seine berechtigte Eröffnungsrede ein großes Verdienst um das Land erworben, und er glaube, es sei auch jetzt noch nicht zu spät, dem Präsidenten dafür zu danken. (Die Majorität stimmt mit einem Bravo ein!) Es komme auf besondern Styl und Ausdruck der Adresse nicht an, wenn man in der Adresse einig sei. Die Vincke'sche Adresse enthalte nebst einem Hinweis auf die Verfassungsverletzung eine Antwort auf die Thronrede. Das Phrasenhafte, Banale, das Hoffen und Warten gehöre nicht zur Sache. Das Haus habe die Heeresorganisation verworfen, weil es das Alte, Bewährte dem Volk habe erhalten wollen; es habe sich dabei um kein Kinderspiel gehandelt. Am nichtssagendsten ist nach seiner Ansicht der Entwurf Reichensperger's; er weiß nicht, wie der §. 108 der Verfassung in eine Adresse kommen soll. Was wir in den letzten Jahren an Ministerwechseln erlebt haben, sei keine Kleinigkeit. Nur der Kriegsminister, das Symbol der ganzen Lage, sei geblieben. Der Ministerwechsel hänge damit zusammen, daß Das durchgeführt werden soll, wogegen das Haus sich erklärt. Es sei gewiß zu empfehlen, den König darauf aufmerksam zu machen, daß eine Sache nicht gut sein könne, die solche Veränderungen erheische. Es sei sonderbar, einen Gesetzentwurf zur Erinnerung an die Landwehr vorzulegen und dabei die Heeresorganisation durchführen zu wollen. Am meisten Schmerz habe ihm unter allen Maßregeln des Ministeriums der Erlaß des Justizministers gemacht, in welchem derselbe die Gerichtspräsidenten anweist, über das politische Verhalten ihrer Untergebenen zu wachen. Die Präsidenten achteten zwar nicht auf solche Erlasse, aber welch ein Zeichen der Zeit sei es, daß sie vorkommen könnten! Eben so schreiend, wie dies Verfahren ist die Verletzung des

Rechtes des Hauses auf Budgetbewilligung, und darum ist die Adresse nothwendig. Vor zwei Jahren habe er freudig seine Wirksamkeit als Volksvertreter begonnen, aber keine Hoffnung auf Ausbau des Rechtsstaats habe sich erfüllt. Dennoch könne Preußens Macht nach außen und nach innen nur durch den Ausbau der Verfassung gesichert werden. Wolle man diese aber im Abgrunde der Rechtsverletzungen begraben, nun so thue wenigstens das Haus seine Pflicht!

Abg. Graf Bethusi-Huc erkennt an, daß die Regierung nicht ermächtigt sei, einseitig das Budget zu bestimmen; daß aber das Zustandekommen eines Budgets durch das Haus unmöglich gemacht worden, dafür könne das Ministerium nicht. Hätte es das Haus aufgelöst, so würde es sich einer Thorheit, wäre es zurückgetreten, der Feigheit schuldig gemacht haben. Er finde die Virchow'sche Adresse der Ehrfurcht gegen den Träger der Krone baar; nicht in dem neuen Style und der Ausdrucksweise findet er die anstößigen Punkte, sondern darin, daß Akte der Krone offen als verfassungswidrig bezeichnet werden. Die Loyalitätsadresse, welche er selbst mit unterzeichnet habe, hätte sich kein Wort des Tadels gegen das Haus erlaubt. Das Uebergeben der Virchow'schen Adresse bezwecke den Beginn der Herrschaft der Fortschrittspartei und das Ende der preußischen Monarchie.

Abg. v. Carlowitz: Wenn wir bereits ein Ministerverantwortlichkeits-Gesetz hätten, so könnte Se. Majestät, wenn es überhaupt noch Recht in Preußen gebe, die Anklage nur bestätigen. Die Kommission habe die Adresse beschlossen, unbekümmert um den Erfolg; sie habe ihre Pflicht gethan. Wer stehe dem Hause dafür, daß nicht so bald die parlamentarische Frage, die Auflösung ins Werk gesetzt werde, bevor das Haus andere Schritte zu thun vermag? Alles, was das Ministerium beginnt, trage von vornherein den Stempel der Unfruchtbarkeit. Es sei stark, wenn z. B. ein Kurfürst von Hessen der Regierung sagen müsse: fegt zunächst vor Eurer Thür. Schließlich fordert der Redner noch das Haus auf, Muth zu haben zur Durchführung der Verfassung.

Abg. Reichensperger (Geldern): Die Ansicht des Abg. Graf Bethusi-Huc, das Staatsministerium sei im Recht, habe ihre Vertreter und sogar ihre großen Vertreter im Volk. Er wolle daher hauptsächlich die Rechtsfrage ins Auge fassen. Redner weist darauf hin, daß der jetzige Landtag nicht der erste sei, welcher die ihm gemachte Vorlage nicht gutheiße. Schon die gewiß konservative Landesvertretung von 1848 habe in dieser Beziehung ihr Recht gewahrt. Er hofft, daß die Regierung den §. 99 der Verfassung richtig verstehen werde. Man kann nicht zweifeln an dem Erfolg einer Adresse, wenn man überhaupt nicht an materiellem Rechte zweifelt. Was die sogenannten Beamtenmaßregelungen betrifft, so können diese nicht zu einem Gegenstande der Beschwerde in der Adresse gemacht werden, da sie zu wenig substantiirt seien. Redner gibt zu bedenken, ob der Ausdruck „definitiv" im Satz 3 des Entwurfs wohl bedacht sei. Die Ausgaben seien nicht definitiv abgelehnt, weil gar keine Beschlüsse darüber gefaßt worden seien. Aus §. 99 der Verfassung schließt der Redner, daß das Ministerium, da für das vergangene Jahr kein Budgetgesetz zu Stande gekommen, nicht Ausgaben des Staates, sondern Privatausgaben gemacht habe. Wenn übrigens die Regierung auf dem gegenwärtigen Wege vorwärts gehe, so sei dies ein Verderben für Krone und Land.

Der Ministerpräsident v. Bismarck:

Ich habe schon in der Kommission bemerkt, daß eine Adresse nicht ein Gesetzentwurf sei, bei welchem eine Vereinigung zwischen Regierung und Haus nothwendig werde. In einer Adresse sprechen Sie wesentlich Ihre eigene Ansicht aus. Daher will ich nur mit wenigen Worten kennzeichnen, welchen Standpunkt die Regierung einnimmt. Der Entwurf, den Ihre Kommission vorgelegt hat, besitzt das Verdienst, Klarheit in die Beziehungen zwischen dem Hause und der Regierung zu bringen. Noch ist es kaum ein Jahr her, daß der Vorwurf, es finde ein Streit zwischen Parlament und Krone um den Besitz der Gewalt statt, von Ihnen zurückgewiesen wurde. Jetzt ist eine solche Zurückweisung nicht mehr möglich. In der Adresse werden Rechte von Ihnen in Anspruch genommen, welche Sie entweder gar nicht oder noch nicht besitzen. Wenn Sie das Recht hätten, das Sie nicht haben, das Budget allein zu bewilligen; wenn Sie das Recht hätten, die Entlassung der Minister zu fordern; wenn Sie das Recht hätten, das Ihnen keineswegs zusteht, durch Ihre Beschlüsse die Armee festzustellen; wenn Sie das Recht hätten, die Beziehungen der Exekutivgewalt zu ihren Beamten zu regeln: dann, ja dann wären Sie in den Besitz der Regierungsgewalt gekommen, wie sie die Adresse fordert, wie sie sie von dem königl. Hause der Hohenzollern fordert, um sie der Majorität des Abgeordnetenhauses zu überliefern.

Sie kleiden Ihre Forderung in den Vorwurf, daß eine Verfassungsverletzung durch die Regierung vorgekommen sei. Gegen diesen Vorwurf habe ich mich schon verwahrt. Sie wissen so gut, wie Jedermann, daß das Ministerium im Auftrage der Krone jene angeblichen Verfassungsverletzungen vollzogen. (Zischen, Widerspruch.) Wären wir ein englisches Ministerium, so hätten Sie in Ihrem Sinne Recht. Aber ein preußisches Ministerium ist kein englisches. Jenes ist ein königliches, dieses ein Ministerium des Parlaments. Ich will in gewisser Beziehung die Unterscheidung zwischen Ministerium und Krone nicht ablehnen; wir brauchen uns nicht, wie man gesagt hat, mit dem Schilde königlicher Autorität zu decken.

Sie behaupten, der Art. 99 der Verfassung sei verletzt. Der Artikel bestimmt, daß die jährlichen Staatsausgaben und Einnahmen durch ein Gesetz festgestellt werden sollen. Folgte darauf der Satz, daß das Abgeordnetenhaus allein das Gesetz feststelle, so wäre allerdings die Verfassung verletzt. Aber es heißt ausdrücklich: „durch ein Gesetz", und ein solches kommt nur durch die Uebereinstimmung der drei Faktoren zu Stande. Das Herrenhaus hat das unbedingte Recht, das Budget zu verwerfen. Es fehlt indessen an jeder Festsetzung darüber, die Uebereinstimmung zu erzwingen, an jeder Bestimmung darüber, welcher Faktor nachgeben soll. Früher hat man die Schwierigkeiten umgangen; die Krone hat nachgegeben und das Herrenhaus ebenfalls dazu veranlaßt. Wollte man Letzteres durch massenhafte Ernennungen in seinem Votum zwingen, sich dem Abgeordnetenhause zu fügen, so wäre die Alleinherrschaft des Abgeordnetenhauses begründet. Aber die Regierung hält fest am Gleichgewicht der Gewalten und weist auf den Weg der Kompromisse hin, als den einzig möglichen.

Ein konstitutioneller Staatsmann hat sich dahin ausgesprochen, daß die konstitutionelle Regierung eine Reihe von Kompromissen sei und daß, wenn ein Faktor diese Reihe durchbreche, ein Konflikt eintrete. Aber trotz der Konflikte muß der Staat existiren. Der Theorie nach sind die Rechte der einzelnen Gesetzgebungsfaktoren unbegrenzt. Sie können theoretisch das Budget verweigern, die Armee auflösen u. s. w. Ich will nicht auf die Frage näher eingehen, wer Schuld an der Entstehung des Konfliktes ist. Ich will Sie nur daran erinnern, daß nach Auflösung des Abgeordnetenhauses die Regierung schon mit den erheblichsten Konzessionen entgegentrat, z. B. Aufhebung des 25-proz. Zuschlags. Wenn Sie aber der Regierung den Vorwurf machen, daß dieselbe einen Mißbrauch ihrer Gewalt ausgeübt, so gebe ich Ihnen diesen Vorwurf zurück. Sie haben Ihre Befugniß gemißbraucht, indem Sie in Betreff der Armeereorganisation einen Beschluß faßten, der Preußen wehrlos und ehrlos gemacht hätte. Die Hälfte der Infanterie, ein Drittel der Kavallerie, 119 Bataillone sollten nach Ihrem Votum verschwinden. Einen solchen Entschluß verlangten Sie von Sr. Majestät, dessen Ausführung nach der Vergangenheit hin unausführbar war und der nach nutzloser Vergeudung von Millionen die Steuerbewilligung derselben Millionen zur Folge gehabt hätte.

Trotz dieses radikalen Beschlusses kam Ihnen die Regierung abermals mit einer Konzession entgegen, indem sie das Vincke'sche Amendement annahm, freilich ohne sich den Motiven anzuschließen. (Heiterkeit.) Meine Herren! Ich bin in verschiedenen gesetzgebenden Versammlungen gewesen, aber es fand in keiner eine Abstimmung über Motive statt. Sie antworteten auf unsern Verständigungsversuch mit einer Resolution, die jede Hoffnung auf Ausgleichung abschnitt, und die Session wurde geschlossen. Die Regierung hat ihre Konzessionen gemacht; jetzt ist die Reihe an Ihnen, Konzessionen zu machen, und ohne solche werden wir schwerlich aus dem Konflikt herauskommen, ohne diese bleiben Sie in der Sackgasse, in die Sie sich verrannt haben. Das Herrenhaus hat mit Recht ein unzulängliches Budget verworfen. Daß eine Lücke in der Verfassung, ist keine neue Erfindung; ich habe den Debatten über die Verfassungsrevision beigewohnt.

Wir sollen die Verfassung verletzt, verfassungswidrig gehandelt haben? Diesen Vorwurf weise ich zurück; ich habe den Eid geleistet und wir werden unser eidliches Gelöbniß halten. Möge man nur ja nicht zu freigebig mit dem Vorwurf des Verfassungsbruches sein. Nicht die Machtvollkommenheit eines absoluten Regiments ist hier maßgebend, sondern die Nothwendigkeit allein, daß der Staat existirt, daß die Kassen nicht geschlossen werden können. Der Zustand, in dem wir uns befinden, ist nicht verfassungswidrig, und daß er es nicht ist, bezeugen die vielen Tausende von Beamten, welche auch die Verfassung beschworen und doch ihre fernere Mitwirkung weder abgelehnt, noch aufgehört haben, ihre Gehalte zu erheben. (Widerspruch.) Der Zustand ist nicht verfassungswidriger, als seit 14 Jahren, wo auch stets die ersten 4 bis 6 Monate verstrichen, ehe das Budget festgestellt war. Das Haus kann weder durch alleinige Beschlüsse die Bedürfnisse des Staats vorschreiben, noch allein beschließen; das Herrenhaus muß dabei mitwirken.

Ich will mit den Rekriminationen nicht weiter gehen; die Regierung ist entschlossen, dem Andrängen auf Erweiterung Ihrer Befugnisse fest und energisch zu widerstehen, so lange sie durch das Vertrauen Sr. Maj. des Königs diese Plätze einnimmt. Sie wird die Rechte der Krone mit Energie und Ausdauer vertheidigen. Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß die heutige Berathung zusammenfällt mit dem Geburtstage des Sohnes des Kronprinzen, also des muthmaßlichen einstigen Thronerben. Darin liegt eine verdoppelte Aufforderung, fest für das Königthum einzustehen. Das preußische Königthum hat noch immer seine Mission erfüllt; es ist noch nicht ein ornamentaler Schmuck geworden, es ist noch nicht recht in das verfassungswidrige Maschinenwerk eingefügt.

Abg. v. Unruh für die Adresse. Es liege in der Natur der Sache, daß Diejenigen, welche Steuern bezahlen, auch das Recht haben, sie zu bewilligen. Es sei gesagt worden, das Staatsministerium vertrete nur die Krone; es scheine, als solle damit gesagt sein, man greife die Krone an, indem man das Ministerium angreife. Der §. 61 der Verfassung gestatte, die Minister anzuklagen; wären aber Minister und König identisch, so wäre eine Anklage gegen die Minister Hochverrath. Redner behauptet nochmals Verfassungsverletzung Seitens der Regierung. Allerdings sei ein Kompromiß zwischen letzterer und dem Abgeordnetenhause das einzig Mögliche. Zu einem Kompromiß aber gehören Zwei; wenn der Eine jedoch den trennenden Raum allein zurücklegen soll, während der Andere meint, er brauche das nicht, so sei das kein Kompromiß, sondern das heiße sich kompromittiren. Die Aeußerungen des Ministerpräsidenten seien von der Ansicht ausgegangen, daß der absolute Staat noch fortbestehe und derselbe blos Konzessionen an das Haus zu machen habe; daher kämen die beständigen Bemühungen der Regierung, das Haus nicht mächtig werden zu lassen. Noch nie wurde der Versuch, den gestürzten Absolutismus aufrichten zu wollen, ungestraft gemacht. Doppelt gefährlich aber ist der Versuch, den Absolutismus unter konstitutionellen Formen einzuführen. Er ist gefährlich für die Dynastie, denn er zieht leicht ihren Sturz nach sich, indem er sie abnutzt. Das Volk kann warten. Sind dies unbestreitbare Wahrheiten der Erfahrung, so sind wir die Träger und Freunde der Monarchie. Wir wollen ausharren in der Hoffnung, daß jene Manöver den monarchischen Sinn im Volke nicht ertödten werden. Die Zukunft ist unser, meine Herren; dieses Bewußtsein läßt uns mit grauen Haaren den Kampf fortführen, selbst wenn erst unsere Kinder den Sieg erringen!

Abg. Graf Schwerin: Er sei Anfangs gegen den Erlaß einer Adresse gewesen und sei es noch jetzt, aber er bedauere, was er heute aus dem Munde des Ministerpräsidenten habe hören müssen. Der Ministerpräsident (derselbe befindet sich nicht mehr im Saale) habe daran erinnert, daß heute der Geburtstag des künftigen Erben der preußischen Krone sei, und habe daran die Bemerkung geknüpft, daß das preußische Königthum nicht bestimmt sei, in einem souveränen Abgeordnetenhause aufzugehen. Mit Bedauern habe er bemerkt, daß von Seiten des Ministeriums die Schritte des Hauses so wenig beachtet werden. Der Ministerpräsident meine, wer die Macht hat, hat auch das Recht. Das sei aber nicht das Heil der Krone (Bravo), sondern er meine, wer das Recht hat, hat auch die Macht. (Großer Beifallssturm.) Was die Adresse anbetreffe, so meine er nicht, daß man eine politische That vollziehen dürfe, ohne sich um ihr Ziel zu bekümmern. Eine Adresse könne nur noch mehr Erbitterung hervorrufen bei den folgenden Debatten, und damit arbeite man der Reaktion in die Hände.

Der Ministerpräsident (der inzwischen wieder eingetreten ist): Er bedaure, die ersten Auslassungen des Vorredners nicht gehört zu haben. Ein Kollege habe ihn davon erst unterrichtet. Er habe nicht gesagt: wer die Macht habe, habe auch das Recht. Es thue ihm leid, daß er mißverstanden worden sei. (Widerspruch.) Meine Herren! Es ist mir nicht darum zu thun gewesen, mit meiner Berichtigung den Beifall des Hauses zu gewinnen, sondern nur das eben Gesagte zum Protokoll zu geben.

Um 3¼ Uhr wird die Vertagung der Debatte beantragt und mit großer Majorität angenommen. Nächste Sitzung morgen.

Deutschland.

Kassel, 26. Jan. In Betreff des Delegirtenvorschlags bemerkt die „Hess. Mrgztg.":

Kurhessen, das den Antrag vom 14. August v. J. mit gestellt hatte, schien nach einer unlängst in der Ständeversammlung gegebenen Antwort des Landtagskommissärs nicht sehr geneigt zu sein, die Sache fallen zu lassen. Daß dies nun doch geschehen ist, wird zunächst als das Verdienst des neuen Ministerialvorstandes Koch anzusehen sein. Derselbe hat richtig erkannt, daß es, ganz abgesehen von den gewichtigen formellen und materiellen Bedenken, welche gegen das fragliche Projekt sich aufdrängen, Kurhessen nicht ansteht, mit den Würzburgern gegen Preußen zu stimmen.

Daß, wie das „Frkf. Journ." berichtet hatte, v. Haynau sich mit Wasser erschossen habe, wird von anderer Seite nicht bestätigt; man hat eine Spitzkugel im Schädel gefunden. Wie ferner erzählt wird, hatte Haynau vor seinem Tode noch dem Leichenbegängniß des Generals v. Bardeleben beigewohnt und einen Spaziergang mit seinem Schwager gemacht. Der Schwager bat beim Scheiden die Tochter Haynau's, den Vater nicht allein zu lassen; sie eilte Letzterem nach auf sein Zimmer, fand ihn aber schon todt im Blute liegen. — Aus Kopenhagen ist telegraphisch die Nachricht eingegangen, daß die Prinzessin Friedrich von Hessen-Kassel von einem Prinzen entbunden worden ist.

Kassel, 26. Jan. (Fr. J.) Heute in der Frühe um 8 Uhr wurde General v. Haynau ohne allen Pomp still beerdigt. Dem Leichenzuge, welcher etliche zwanzig Wagen zählte, folgten Haynau's ehemalige Kollegen im Ministerium Hassenpflug, v. Meyer und Volmar, sowie der Vertreter Oesterreichs am hiesigen Hofe; der kurfürstliche Wagen fehlte. Es ist auf Grund ärztlicher Zeugnisse und der Aussagen von Auskunftspersonen angenommen worden, daß die Selbstentleibung in einem Zustande momentaner Geistesstörung erfolgt sei. Der erste Prediger an der lutherischen Kirche, Pfarrer Jatho, las ein Gebet, in welchem er auf das christliche Leben des Verstorbenen hinwies, und wie derselbe sein ganzes Leben hindurch „treu seinem Gott, treu seinem Fürsten, treu sich selbst" gewesen sei. Gott möge ihm verzeihen, daß er unter den Kämpfen seiner letzten Tage einen Augenblick vom rechten Wege abirrte und in der Umnachtung seines Geistes so endete. Alle übrigen kirchlichen Gebräuche unterblieben.

Itzehoe, 25. Jan. (W. T.-B.) Die den Ständen zugegangene Eröffnung auf ihre früheren Bitten und Beschwerden verweigert die Aufhebung oder nachträgliche Vorlage der im Jahr 1856 unter Scheel erlassenen, von den Ständen als verfassungswidrig erklärten Gesetze und Erlasse. Unter den Vorlagen befindet sich ein Gesetzentwurf über die bürgerliche Gleichstellung der Juden, der indessen die Beschränkungen hinsichtlich ihrer Wählbarkeit zu Abgeordneten nicht aufhebt.

Berlin, 26. Jan. Nach zuverlässigen Andeutungen von Mitgliedern des linken Zentrums sind bis heute Abend die Versuche der Altliberalen, einen Theil der Majorität des Abgeordnetenhauses für ein den Virchow-Carlowitz'schen Adreßentwurf milderndes Amendement günstig zu stimmen, ohne Erfolg geblieben. Man ist in den beiden entschieden liberalen Fraktionen der Ansicht, daß der genannte Entwurf in seiner bekannten Fassung beibehalten werden müsse, und gebe man vielleicht einen einzelnen Ausdruck Preis, so dürfe sich die Modifikation der Virchow'schen Adresse doch nur auf die Form, in keinem Falle aber auf den Inhalt beziehen. Jede dahin abzielende Aenderung solle nur unter Zustimmung beider Fraktionen, der Fortschrittspartei und des linken Zentrums, vorgenommen werden, und eine Verständigung zwischen ihnen könne selbst während der Plenarsitzungen ohne Schwierigkeiten geschehen. Ueber die einzuschlagende Taktik verständigt man sich noch heute Abend durch Deputationen.

Der Generalmajor v. Voigts-Rhetz, zur Zeit in Luxemburg, ist zum Kommandeur der 7. Division (Magdeburg) ernannt worden. — Wie man aus Stockholm erfährt, hat die dortige Regierung wegen Legung eines unterseeischen Telegraphen mit Preußen Unterhandlungen angeknüpft. Die Verbindung soll zwischen der Südküste von Schonen (Ystadt oder Frelleborg) und der Nordspitze der Insel Rügen hergestellt werden. — In der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses ist der Antrag gestellt worden, dem Hause der Abgeordneten folgende Resolutionen vorzuschlagen: 1) Die in der Thronrede in Aussicht gestellte Vorlage über die Staatseinnahmen und Ausgaben des Jahres 1862 und die Nachsuchung einer Indemnitätsbill entbinden die Staatsregierung nicht von der verfassungsmäßigen Pflicht, den Etat für 1862 gesetzlich zu regeln. 2) Die Staatsregierung wird demgemäß aufgefordert, dem Abgeordnetenhause in kürzester Frist die erforderlichen Vorlagen behufs Feststellung des Etats pro 1862 zu machen. 3) Die Budgetkommission wird beauftragt, zwar vorläufig auf die Prüfung des Staatshaushalts-Etats für 1863 einzugehen und an das Haus zu berichten. Die von dem Abgeordnetenhause in Betreff dieses Etats zu fassenden Beschlüsse erhalten jedoch erst rechtliche Giltigkeit, nachdem das Etatsgesetz

für 1862 die verfassungsmäßige Zustimmung beider Häuser des Landtags und die allerhöchste Sanktion erlangt hat. Dieser Antrag wird die Berathungen der Budgetkommission eröffnen und in den ersten Tagen der nächsten Woche behandelt werden.

Berlin, 27. Jan. (Köln. Z.) Die Versuche, noch nachträglich behufs eines etwaigen Kompromisses mit der katholischen Fraktion und der Fraktion Vincke Aenderungen der Adresse in den Fraktionen der Majorität zur Annahme zu bringen, sind gescheitert. Nachdem schon am Samstag die Fraktion der Fortschrittspartei sich einstimmig für unbedingtes Festhalten an dem Entwurf erklärt hatte, faßte gestern das linke Zentrum nach langer Debatte den gleichen Entschluß. Auch in den Formfragen sind beide Fraktionen einig; über den Punkt 6 und über die ganze Adresse sollen namentliche Abstimmungen stattfinden.

Wien, 26. Jan. Die „Generalkorrespondenz" sagt: „Von einer bevorstehenden Unterredung zwischem dem Grafen Rechberg und Hrn. v. Bismarck, von welcher neuerdings auswärtige Blätter sprechen, ist hier nichts bekannt."

Das heutige Abendblatt der „Wiener Ztg." berichtet: Ein gestern Abend aus Warschau eingetroffenes Telegramm meldet, daß die ausgebrochenen Unruhen durch Waffengewalt und unter bedeutendem Verlust Seitens der Aufständischen unterdrückt worden sind. Ein anderes, am 24. in Warschau aufgegebenes und heute (26.) Abends hier eingetroffenes Telegramm meldet die Verbrennung von Soldaten in Häusern bei Siedelce, die Unterdrückung der Gräuel aller Orten. Andere hiesige Blätter halten die gestrige Petersburger Meldung für übertrieben.

Italien.

Turin, 26. Jan. Die „Nation" meldet, daß der demokratische Verein seinen Sitz von Genua nach Pisa verlegt hat. Garibaldi soll wieder über ein neues Unternehmen nachdenken. Hr. Pereire ist in Turin; man glaubt, daß Hrn. Bastoggi der Abschluß einer Anleihe gelungen sei.

Frankreich.

♁ **Paris,** 27. Jan. In der gestrigen Sitzung des Gesetzgeb. Körpers wurden die von der Regierung verlangten 5 Millionen zur Ausführung öffentlicher Arbeiten und Unterstützung der Erwerbslosen in den Baumwollmanufaktur-Distrikten mit Stimmeneinheit der anwesenden 248 Abgeordneten bewilligt. Aus dem Bericht des Hrn. Pouyer-Quertier hebe ich nur einige statistische Angaben von allgemeinem Interesse hervor.

Die Baumwollindustrie — sagt der Berichterstatter — ist eine der ersten der Welt. Um nur von Europa zu sprechen, gelangte sie in den letzten Jahren dahin, Produkte im Werthe von jährlich wenigstens 4 Milliarden zu verarbeiten: England 2000 Millionen, Frankreich 800 Millionen, der Rest des Kontinents 1200 Millionen. Von dieser Summe repräsentirt das Rohmaterial, welches zu $^4/_5$ aus den Vereinigten Staaten bezogen wird, einen Werth von nur 1200 Millionen. Die Färbestoffe, die Fette, die Oele, die Eisen u. s. w. 800 Millionen Fr., so daß der in Europa bezahlte Taglohn für die Arbeit dieser Industrie nahezu 2 Milliarden erreicht. Diese Zahlen erklären leicht, welche Störung der Mangel dieses für die Arbeit so kostbaren Stoffs in den Baumwollbezirken hervorrufen muß. . . Allerdings mangelt die Baumwolle nicht, aber sie hat bis jetzt unerhörte Preise erreicht. 1860 verbrauchte Europa wöchentlich 90,000 Ballen, und man rechnete, daß die neuen Produktionsmittel den wöchentlichen Verbrauch 1861 auf 100,000 Ballen steigern würden, als der amerikanische Krieg ausbrach. . . Vor 2 Jahren stand die amerikanische Baumwolle 70—80 Fr. per 50 Kilogr. Anfangs Sept. hatte sie 350 bis 360 Fr. erreicht, um im Nov. auf 275 Fr. zu fallen und im Dezbr. auf 300 Fr. wieder zu steigen. . . .

Die Adreßkommission des Gesetzgeb. Körpers wurde heute um 2 Uhr zusammenberufen, um den von der Unterkommission verfaßten Entwurf zu hören. Man glaubt, daß die Adresse morgen in öffentlicher Sitzung der Kammer wird verlesen werden können. — Bei dem gestern in den Tuilerien stattgehabten Essen, zu welchem mehrere Senatoren geladen waren, gab der Kaiser, wie ich erfahre, neuerdings seinen Wunsch zu erkennen, daß die Session so kurz sei, als nur immer möglich, so daß die Wahlen noch vor der Ernte, also vor dem Monat Juni, statthaben können. Die Minister ohne Portefeuille sind übrigens vom Kaiser angewiesen, wenigst möglich auf Diskussionen einzugehen und auch ihrerseits stets möglichste Kürze der Debatten im Auge zu behalten. Was die Budgetkommission betrifft, so wird sie, da keine neue Frage, keine neue Position die einfache Zifferarbeit verwickelt, ihre Aufgabe gleichfalls rasch gelöst haben.

Die „France" hat über Havannah Berichte aus Vera-Cruz, 22. Dez., d. i. um 3 Tage später als jene, welche das letzte Paketboot brachte. Die Belagerungsartillerie war angekommen und nach dem Hauptquartier (wahrscheinlich vor Puebla) gebracht worden. Einen wesentlichen Vortheil scheint die französische Armee durch die Besetzung Tampico's erreicht zu haben, da sie dieser Punkt zum Herrn über die dritte Straße nach Mexiko macht, den Schmuggel abschneidet, und die Armee des Juarez der von Amerika eingeführten Waffen und Munition beraubt. General Bazaine hatte am 11. das Kommando der Truppen unter General Bertier übernommen, um auf der Straße von Vicenza unverweilt nach Amozoc vorzurücken. — Dasselbe Blatt erfährt aus Rom, 23., daß das Dekret bez. der Postreform fertig ist und demnächst in Kraft treten wird. Ebenso soll demnächst die Reorganisation des römischen Munizipalraths verkündigt werden. Dieser Körper soll von 30 auf 80 Mitglieder gebracht und das Wahlprinzip eingeführt werden.

Man will wissen, daß die Bewegung in Polen von dem polnisch-russischen Komitee in London und Genua organisirt wurde. Fürst Czartorisky dagegen sieht (wohl mit Recht) in dieser Bewegung nur einen, von keiner Partei ausgehenden Akt der Verzweiflung. Eine deßfalls den Pariser Blättern mitgetheilte Note wagte keines derselben aufzunehmen. Die „Opin. nation." erfährt übrigens, daß der Aufstand sich bis in die Ukraine verbreitete, wo die Kosaken ganz geneigt seien, gemeinschaftliche Sache mit den Polen zu machen, um gleichfalls eine seit ihrer Unterwerfung angestrebte Autonomie zu erlangen. Demselben Blatt zufolge wäre die wichtige Stadt Piotrkow, west-süd-westlich von Warschau, noch in den Händen der Insurgenten. — Vorigen Sonnag hat, dem Vernehmen nach, in Brüssel eine Zusammenkunft des Grafen von Paris, des Herzogs von Chartres und mehrerer französischen Orleanisten stattgehabt. — Die heutige Börse war flau. Rente schließt 69.75. Mob. 1150. Ital. Anl. 70.10.

Rußland und Polen.

Warschau. Zur geographischen Orientirung über den Schauplatz des Aufstandes im Königreich Polen bemerken wir, daß derselbe den Angaben des Petersburger Telegramms zufolge sich auf dem rechten Weichselufer sowohl ober- als unterhalb Warschau ungefähr auf je 12—16 geographische Meilen erstrecken würde; so weit liegen wenigstens nach beiden Seiten die äußersten angegebenen Punkte von Warschau ab. Von den Ortschaften im Nordwesten liegt Nasielsk, dessen Wälder der Hauptsammelplatz der Rebellen unterhalb Warschau geworden zu sein scheinen, $5^1/_2$ Meilen nördlich von Warschau, etwa 3 Meilen südwestlich von Pultusk, Plonsk $3^1/_2$ Meilen westlich von Nasielsk, Plock a. d. Weichsel (Gouvernementshauptstadt, 13,000 Einwohner) noch $7^1/_2$ Meilen weiter westlich und 12 Meilen nordwestlich von Warschau an der Straße (Eisenbahn) von hier nach der preußischen Grenzfestung Thorn. Siedlce (früher Gouvernementshauptstadt von Podlachien, 8000 Einwohner) und Radzyn sind Kreishauptstädte in Lubelsk, und zwar liegt ersteres $11^1/_2$ Meilen gerade östlich von Warschau, Radzyn 6 Meilen südöstlich von Siedlce und 16 Meilen von Warschau. Blonie liegt nach unsern Karten 3 Meilen westlich von Warschau, nicht an der Weichsel; Sierock auf halbem Wege zwischen Warschau und Pultusk. Surasz an der Narew jenseits der Grenze des Königreichs, $3^1/_2$ Meilen südwestlich von Bialystock, Zabludow 3 Meilen östlich von Surasz.

Warschau, 22. Jan. Der „Botschafter" erhält folgendes Schreiben:

Vor wenig Wochen sprach ich meine bestimmte Ueberzeugung aus, daß wir dicht vor einer Katastrophe in Polen stehen, und heute kann Niemand mehr, der sehen will, die Vorboten des losbrechenden Sturmes verkennen. Erst seit wenig Tagen erhielt durch wichtige Entdeckungen, die sie zweien vor kurzem ihr zur Verfügung gestellten Beamten der französischen Geheimpolizei verdankt, die Regierung einen vollen Ueberblick der ganzen Größe der drohenden Gefahr, und darum ergriff sie schleunigst ihre für den äußersten Fall vorbehaltene Maßregel der Rekrutirung, welche eine ganze Reihe von designirten Führern des in Warschau vorbereiteten Aufstandes ihr rasch in die Hände lieferte. Aber diese Maßregel kam zu spät; man war darauf vorbereitet; ja den eigentlichen Häuptern der Bewegung, welche bis in das geringste Detail planmäßig ausgearbeitet ist, mochte die Härte, welche der Aushebung anklebte, äußerst gelegen sein, als Ferment der Aufregung und um die noch Schwankenden zur raschen Entscheidung zu treiben. Neunundzwanzig Stunden nach der Rekrutirung begann auch bereits der Aufstand; in den großen Waldungen des westlichen Polen erschienen plötzlich große Haufen von bewaffneten Banden, und wie ein Lauffeuer verbreitet sich die Insurrektion über das ganze Land. Deren Hauptquartier ist offenbar in dem Grenzgebiet zwischen dem Königreich und dem preußischen Polen, und es ist kein Zweifel mehr, daß Mirosławski sich daselbst befindet als Insurrektionsgeneral. Auch Türr glaubt man anwesend. Bereits sind mehrere in kleinern Orten dislozirte russische Abtheilungen überfallen und vernichtet worden, und während ich diesen vorläufigen kurzen Bericht entwerfe, dürfte schon viel Blut geflossen sein.

Warschau, 24. Jan. Man schreibt der „Kreuz-Zeitung" u. A.: Der Bande, welche in den Wäldern von Kampinos, einige Meilen nordwestlich von Warschau, sich versammelt hatte, ist es gelungen, bevor sie von den zu ihrer Zerstreuung ausgesandten Truppen erreicht werden konnte, nordwärts über die Weichsel zu entkommen. Dort verstärkt durch zusammengelaufenes Gesindel und junge Leute aus den benachbarten Städten, hat die Bande sich nach Plozk gezogen, der Hauptstadt des gleichnamigen Gouvernements an der Weichsel. Die Stadt hat etwa 25,000 Einwohner; sie ist anmuthig belegen, besonders der unter der südpreußischen Regierung angelegte Stadttheil, der schöne Häuser und Gärten enthält. Die Bevölkerung aber birgt viele der Bewegung zugethane Elemente, besonders unter den Handwerkern, Subalternbeamten und jungen ledigen Leuten, welche sich mit oder ohne Grund von der Aushebung bedroht glauben. Die Bande, geführt von einigen Parteigängern der Rothen, mochte glauben, die russische Garnison mit Hilfe der Gesinnungsgenossen in der Stadt überrumpeln zu können. Aber dies ist ihr gänzlich mißglückt. Sie hat sich jetzt nordwärts gewendet, in den waldigen Theil von Masuren, nach der preußischen Grenze zu. Einzelne junge Leute, durch die fortgesetzte Aufhetzerei und die umlaufenden Gerüchte geängstigt, haben sich über die Grenze bei Ortelsburg und Neidenburg geflüchtet, theils um der gefürchteten Aushebung zu entgehen, theils um dem Terrorismus ihrer eigenen Landsleute sich zu entziehen. Möglich ist, daß noch andere Banden sich sammeln, da die Gerüchte von der Strenge der Aushebung, vielfach entstellt und vergrößert, an vielen Orten die jungen Leute veranlassen, sich heimlich zu entfernen. Die Truppen sind durchaus zuverlässig und brennen vor Ungeduld, mit Denen sich zu messen, von denen sie so lange genarrt und ermüdet worden sind. Auch die Landbevölkerung verhält sich ruhig. Sollte die Bewegung sich weiter verbreiten, so würde die Regierung an den Bauern einen großen Rückhalt haben, den zu benützen sie gewiß nicht zögern würde.

Der Wiener „Gen.-Corr." schreibt man aus Polen:

Die Häupter der revolutionären russischen Propaganda im Auslande geben sich in neuester Zeit viel Mühe, im Publikum die Meinung zu verbreiten, daß zwischen einer großen Anzahl von Offizieren der russischen Armee und den Leitern der Bewegung in Polen ein geheimer Bund bestehe, und daß man beiderseits nur auf eine günstige Gelegenheit warte, um gemeinschaftlich loszuschlagen. Einem Theil der polnischen Agitatoren im Auslande, namentlich den zur Fahne Mieroslawski's Schwörenden, erscheint dieses Treiben der russischen Freunde, an deren Spitze Bakunin steht, geradezu bedenklich. Sie fürchten, daß durch diese Prahlerei die Aufmerksamkeit der russischen Regierung auf die Vorgänge und die Stimmung in der Armee nur noch verschärft und ein Sporn gegeben werde, die „zarten Keime der Agitation" im Entstehen zu ersticken. Diese verschiedene Anschauungsweise über die Wahl der Mittel zu ein und demselben Zweck hat einen heftigen Streit unter den Führern hervorgerufen, und Bakunin beschuldigt jetzt Mieroslawski offen, daß er durch sein ewiges Zweifeln nur der „guten Sache" schade und die Masse der „Gläubigen" muthlos mache. Mieroslawski dagegen beschwört Bakunin bei Allem, was ihm theuer ist, seine verfehlte Politik aufzugeben und nur seinen Rathschlägen zu folgen, da er der allein berechtigte Repräsentant aller revolutionären polnischen Komitees sei und allein die Fäden in Händen habe. Gewiß ist bei dem Allen, daß die vielerfahrenen polnischen Agitatoren nicht Willens sind, sich von den russischen Neulingen, die sich gerne mit großen Erfolgen rühmen möchten, düpiren zu lassen, und daß die feste Haltung der russischen Armee in Polen eben nicht geeignet ist, in ihnen ein großes Vertrauen zu den geheimen Sympathien der Russen zu erwecken.

Warschau, 24. Jan., Abends. (N. Pr. Ztg.) Vergangene Nacht hat abermals ein ernstlicher Zusammenstoß des Militärs mit den Aufständischen in der Gegend von Lowicz auf Petrikau zu stattgefunden; den Ort konnte ich nicht genau erfahren. Die Regierung veröffentlicht heute das unten folgende Dekret des Großfürsten-Statthalters, welches den Kriegszustand im ganzen Königreich wieder herstellt, und spricht in einem Artikel von den in der Nacht vom 22. auf den 23. d. an verschiedenen Stellen stattgehabten Angriffen auf das Militär, welche unterdrückt sein sollen. Da wir aber von neuerdings diese Nacht (vom 23. auf den 24.) vorgekommenen Zusammenstößen der Truppen mit den sich in den Wäldern aufhaltenden Rebellen, sowie davon mit Gewißheit sprechen hören, daß der Oberst und Kommandeur des Muromskischen Infanterieregiments (dessen Chef der jüngste hier geborene Großfürst Waclaw ist) dabei geblieben; ferner vom Ausrücken einer Batterie, welcher diese Nacht das Nowogrod'sche Scharfschützen-Bataillon folgen soll, so scheinen die Aufständischen sich von neuem gesammelt zu haben und die Zustände ernster zu sein, als man es zugeben will. Die Insurgenten haben es vornehmlich auf die kommandirenden Offiziere und die Trommler abgesehen und sollen diese vor Allen niederschießen. Ich lasse hier die eben im „Dziennik Powszechni" publizirte Verordnung folgen:

Der Großfürst-Statthalter Sr. Kaiserl. Majestät im Königreich Polen in Erwägung der in gegenwärtiger Zeit an vielen Orten des Königreichs eingebrochenen Unordnungen, verordnet in allerhöchster Ermächtigung: Art. I. Der Kriegszustand, welcher durch die Verordnungen vom 27. August (8. September), 28. September (10. Oktober), und 4. (16.) Dezember 1862 aufgehoben worden ist, wird im ganzen Königreich in seiner vollen Ausdehnung wieder hergestellt. Art. II. Die Ausführung dieser Bestimmung wird dem Oberkommandirenden der Truppen im Königreich aufgetragen. — Warschau, den 12. (24.) Januar 1863. Konstantin.

Ferner enthält der amtliche Theil den oben erwähnten Artikel:

In der Nacht vom 22. auf den 23. d. M. hat die Partei des Umsturzes an verschiedenen Orten versucht, das im Königreich stehende Militär anzugreifen. Diese Versuche sind überall unterdrückt und die Achtung vor dem Gesetz hat dadurch nicht erschüttert werden können. Die Schuldigen sind auf allen Punkten verfolgt, bereits in bedeutender Anzahl gefangen, und werden den Folgen der Kriegsgesetze anheimfallen.

In der Gegend von Petrikau und Lowicz sind die Eisenbahnschienen herausgebrochen, ebenso an mehreren Stellen die Telegraphendrähte zerstört. In Pulawi haben sich die Studirenden des polytechnischen, forst- und landwirthschaftlichen Instituts unter dem Vorwande zu vieler Lehrstunden empört; kurz die Nachsicht der Regierung fängt an Früchte zu tragen, wie man sie wohl nicht erwartet.

Vermischte Nachrichten.

— In Passau hat sich am 26. d. ein großdeutscher Reformverein, im Anschluß an den Münchener, gebildet. Es traten zunächst 58 Mitglieder bei. Weitere Beitrittserklärungen werden erwartet.

— Tessin. Ein neues Unglück wird aus Ballemaggia gemeldet, wo 22 Personen aus dem Dorfe Someo mit 130 Stück Vieh auf dem Berg Saladino von einem Schneesturm überfallen wurden. Von vier Personen, die eine Lawine mit fortgerissen hatte, konnten drei gerettet werden. Ein vom Sturm in den Abgrund Geworfener wurde zwar lebend emporgezogen, starb aber bald nachher an den erhaltenen Verletzungen. 150 starke Männer aus umliegenden Gemeinden hatten vier Tage lang zu thun, um die Eingeschneiten frei zu machen.

Von den bei dem Unglück in Locarno schwer verletzten Personen ist wieder eine gestorben; eine zweite dürfte ihr bald nachfolgen. Die Subskription für die durch die letzten Witterungsunbilden Geschädigten nimmt im ganzen Kanton guten Fortgang.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag 29. Jan. 1. Quartal. 16. Abonnementsvorstellung. **Der Störenfried;** Lustspiel in 4 Akten, von A. Benedix.

Freitag 30. Jan. **4. Abonnementskonzert des großh. Hoforchesters** im großen Saale des Museums dem Gesammtpublikum zugänglich. Anfang 7 Uhr.

Sonntag 1. Febr. 1. Quartal. 17. Abonnementsvorstellung. **Die Katakomben;** Oper in 3 Akten; Text von Moritz Hartmann, Musik von Ferdinand Hiller.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Z.s.424. Karlsruhe. Am 27. dieses schied nach 14wöchentlicher schmerzlicher Krankheit zu einem bessern Leben meine liebe Frau Pauline, geborne Hübschmann. Von diesem schweren Verluste, der mich und meine 4 Kinder getroffen, setze ich theilnehmende Freunde und Bekannte mit der Bitte in Kenntniß, der theuern Entschlafenen ein freundliches Andenken zu bewahren.

Karlsruhe, den 28. Januar 1863.

J. Stüber, Kaufmann.

Z.s.421. Nr. 497. Karlsruhe.

Erledigte Gefangenwärters- und Amtsgerichtsdienersstelle.

Die Stelle eines Gefangenwärters und Amtsgerichtsdieners in Wertheim ist erledigt.

Bewerbungen sind binnen 3 Wochen diesseits einzureichen.

Karlsruhe, den 23. Januar 1863.

Justizministerium.

Stabel.

Eisenlohr.

Anzeige.

Die Unterzeichnete besorgt ohne Preiserhöhung Inserate in die bedeutendsten Blätter des In- und Auslandes, und namentlich auch in die Karlsruher Zeitung.

Briefe und Gelder werden franko erbeten.

Buchhandlung von Fr. Schultheß in Zürich (Schweiz).

Offene Lehrlingstelle.

Z.s.234. In ein Manufaktur- und Modewaarengeschäft im badischen Oberlande wird ein Lehrling gesucht, welcher die nöthigen Vorkenntnisse besitzt. Wo? sagt die Expedition dieses Blattes.

Commis-Gesuch.

Z.s.97. In ein Spezerei-, Cigarren- und Farbwaarengeschäft wird ein erfahrener Commis gesucht, der nebst Waarenkenntnissen und Gewandtheit im Ladengeschäft auch der französischen Sprache mächtig sein muß.

Der Eintritt könnte sofort geschehen.

Nähere Auskunft besorgt die Expedition dieses Blattes.

Z.s.126.

Zollstäbe

werden sauber und billig verfertigt, und ist ein größeres Quantum vorräthig bei

C. Berner,
Zollstabfabrikant in Böblingen.

Z.s.359. Karlsruhe.

Wachsstöcke,

sehr schöne gemalte, weiße, farbige, in allen Größen und von bester Qualität, verkauft en gros et en detail

Conradin Haagel,
großh. Hoflieferant.

Z.s.131. Freiburg.

Wohnungsvermiethung.

Eine Wohnung von 7 Zimmern, großer Küche, Keller, Speicher, Holzremise, Waschküche und weitem Hofraum mit laufendem Bach ist auf Johanni, nöthigenfalls schon auf Ostern zu vermiethen in Freiburg, Münsterplatz Nr. 838.

Ebendaselbst ist auch ein für Ladengeschäft eingerichtetes Lokal, übrigens zu jedem engros-Geschäft passend, sogleich zu vermiethen.

Z.s.384. Binzen, Amts Lörrach.

Wein- und Faß-versteigerung.

Montag den 9. Februar d. J., Morgens 10 Uhr,

lassen die Erben des † alt Bürgermeisters Johann Friedrich Schnaufer dahier folgende reingehaltene **Markgräflerweine** um Baarzahlung öffentlich versteigern, als:

ca. 63 Ohm 1846er,
„ 30 „ 1848er,
„ 21 „ 1849er,
„ 57 „ 1857er,
„ 135 „ 1858er,
„ 18 „ 1859er,
„ 67 „ 1860er,
„ 81 „ 1861er,
„ 180 „ 1862er.

Nach Beendigung dieser Weinsteigerung werden die betreffenden Fässer, von 6 bis 50 Ohm haltend, ebenfalls versteigert.

Binzen, den 22. Januar 1863.

A. A.:
Wenk, Rathschreiber.

Z.s.326. Karlsruhe.

Tuchlieferung zu Bahnwartsmonturen betr.

Die Lieferung von 530 Ellen Mantelkirsay,
„ „ „ 445 „ Naturell-Croisé,
und 16 „ rothem Tuch

soll im Soumissionswege vergeben werden.

Angebote auf ganze oder theilweise Lieferung sind mit Muster längstens bis 10. k. Mts., versiegelt und mit der Aufschrift:

„Bahnwartsmontur-Lieferung"

versehen, bei unterzeichneter Stelle einzureichen.

Das Mustertuch kann bei dem Eisenbahn-Hauptmagazin eingesehen werden.

Die freie Wahl unter den Soumittenten wird sich vorbehalten.

Karlsruhe, den 23. Januar 1863.

Direktion der großh. Verkehrsanstalten.

Zimmer.

Salzmann.

Z.s.141. Frankfurt am Main.

Freiburger 15-Francs-Loose,

deren Ziehung am **15. Februar d. J.** stattfindet, versende ich zu 6 fl. 15 kr. per Stück, 10 Stück 60 fl. Diese Loose spielen so lange mit, bis sie einen Treffer erhalten haben. Jährlich 3 Ziehungen und Staatsgarantie. Der Hauptpreis ist dieses Mal **40,000 Fcs.**, der geringste **17 Fcs.** — Alle Aufträge werden rasch ausgeführt und Ziehungsliste franco eingesendet durch das amtlich konzessionirte Handlungshaus

Meier Schwarzschild, Liebfrauenstraße 3 in Frankfurt a. M.

Z.s.275. Görrwihl.

Liegenschafts-Versteigerung.

In Folge richterlicher Verfügung werden der Untheilbarkeit halber aus der Verlassenschaftsmasse des Müllers Johann Jehle von Hochsal unten beschriebene Liegenschaften als ein zusammengehöriges Ganze

Mittwoch den 11. Februar 1863, früh 10 Uhr,

in dem Gemeindehause in Hochsal öffentlich versteigert, wobei der Zuschlag erfolgt, wenn der Schätzungspreis oder darüber geboten wird.

Beschreibung der Liegenschaften.

	Schätzungspreis.
1. Ein zweistöckiges Wohnhaus mit Mühle, Scheuer und Stallung unter einem Dache. Zur Mühle gehören 4 Mahlgänge, 1 Schwinggang und 1 Schälgang, zusam. tax.	8,500 fl. — kr.
Die zu diesem Mühlengewerbe als zugehörig bestimmten Fahrnisse	107 fl. 27 kr.
2. 3 Jchrt. 11 Rthn. Garten und Wiesen mit Baumgarten bei der Mühle, neben Anton Waßmer, Johann Hierholzer und Willibald Baumgartner	1,470 fl. — kr.
3. 1 Vrtl. 46 Rthn. Wiesen bei dem Mühleweier, mit diesem Mühleweier neben Konrad Jehle und dem Bach	100 fl. — kr.
4. 64 Rthn. Grasgarten bei des Oswald Keller's Haus, neben Oswald Keller und Andreas Waßmer	100 fl. — kr.
Summa	10,277 fl. 27 kr.

Bemerkt wird, daß jeder Steigerer vor dem Zuschlage zwei zahlbare sammtverbindliche Bürgen zu stellen hat.

Görrwihl, den 12. Januar 1863.

Der Vollstreckungsbeamte:
M. Hartmann, Notar.

Z.s.397. Nr. 197. Waibstadt.

Stammholz-Versteigerung.

Donnerstag den 5. und Freitag den 6. Febr. l. J., je Morgens ½9 Uhr anfangend, werden in hiesigem Gemeindewald, Distrikt Forlenwald, 158 Holländereichen, 148 Eichen, 1 Aspe, 4 Adlerkirschen, 1 Birke und 1 Tanne, die sich zu Bau- und Nutzholz eignen, und 248 Stämme Forlen von 15 bis 72 Fuß Länge und seltener Qualität, auf der Hiebsstelle öffentlich versteigert; wozu man die Liebhaber einladet.

Waibstadt, den 27. Januar 1863.

Bürgermeisteramt.
Wacker.

vdt. Loher.

Z.s.383. Nr. 647. Ettlingen.

Holzversteigerung.

Aus den hiesigen Stadtwaldungen bei Scheibenhard in den Abtheilungen Weiher, Forstlach, Schindlach, Birtheck und Haag werden versteigert,

Donnerstag den 5. Februar d. J.:

94 Stämme Eichen, Holländer-, Bau- und Nutzholz, 21 hainbuchene Nutzholzklötze.

Die Steigliebhaber wollen sich an benanntem Tag früh 9 Uhr im Weiher einfinden.

Ettlingen, den 26. Januar 1863.

Das Bürgermeisteramt.
Speck.

vdt. Reimeier.

Z.s.381. Nr. 43. Bauerbach, Amts Bretten.

Stammholzversteigerung.

Donnerstag den 5. Februar d. J., Vormittags 10 Uhr,

werden im hiesigen Gemeindewald 19 Stämme gefällte Eichen, welche sich zu Holländer-, Bau- und Nutzholz eignen, öffentlich gegen baare Zahlung versteigert.

Die Zusammenkunft ist im Gabenschlag.

Bauerbach, den 26. Januar 1863.

Das Bürgermeisteramt.
Weber.

vdt. Müller.

Z.s.296. Nr. 16,490. Waldshut. (Aufforderung.) Josef Schlachter von Schachen, als Ehemann der Karoline Meier, hat aus der Erbtheilung seines Schwiegervaters Konrad Meier von Schachen, respektive durch Kauf von der Wittwe des Letzteren, Rosina, geborne Huber, nachstehende Liegenschaften in der Gemarkung Schachen erworben, deren Gewährung das Ortsgericht in Ermanglung eines früheren Erwerbstitels verweigert.

Es werden nun alle Diejenigen, welche daran — in den Grund- und Pfandbüchern nicht eingetragene, auch sonst nicht bekannte — dingliche Rechte oder lehenrechtliche oder fideikommissarische Ansprüche haben oder zu haben glauben, aufgefordert, solche

innerhalb 6 Wochen

geltend zu machen, ansonst für die Aufgeforderten, aber nicht Erschienenen, im Verhältniß zum neuen Erwerber oder Unterpfandsgläubiger die lehenrechtlichen oder fideikommissarischen Ansprüche oder dinglichen Rechte, z. B. Eigenthumsrechte, frühere Unterpfandsrechte oder Erbdienstbarkeitsansprüche u. s. w., verloren gehen.

Verzeichniß der Liegenschaften.

1) Ein einstöckiges, von Holz und Stein erbautes, mit Ziegeln und Stroh gedecktes Wohnhaus mit Scheuer und Stallung unter einem Dach, ringsum neben sich selbst;

2) ca. 1 Vierling 45 Ruthen Ackerfeld, einerseits Josef Denz, anders. Mathias Huber;

3) ca. 1 Vierling 50 Ruthen Acker unter Wolfert, neben Nikolaus Meier und Blasius Maise;

4) ca. 67 Ruthen Acker allda, neben Blasius Maise und Stefan Rüde;

5) ca. 1 Vierling Acker neben dem Degermoos, neben Anton Gäng und Blasius Maise;

6) ca. 45 Ruthen Acker im Wolfertrain, neben Fidel Gäng und Stefan Rüde;

7) ca. 20 Ruthen Ackerfeld auf dem Rüttele, neben Blasius Maise und Josef Rüde;

8) ca. 1 Vierling Acker hinter der untern Rütte, neben J. Martin Frei und Unbekannte;

9) ca. 1 Jauchert Acker im vordern Bühlmoos, neben Konrad Boll und Franz Zimmermann;

10) 2 Vierling Wiesen im Thal, beiderseits der Wald;

11) ca. 3 Vierling Wiesen im Moos, neben Mathis Huber und dem Feld;

12) ca. 20 Ruthen Bündten in den sog. Bündten, neben Peter Thoma und Josef Rüde;

13) ca. 3 Jauchert in der Albshalden, neben Mathias und Josef Huber;

14) ca. 70 Ruthen Wald in den Tannen, neben Johann Gäng und Blasius Maise;

15) ca. 2 Vierling Wald auf Bauholz, beiderseits Blasius Maise;

16) ca. 1 Vierling 60 Ruthen Wald in der Stiegenthalhalde, neben Pelag Maise und Unbekannte;

17) ca. 1 Vierling 30 Ruthen Wald im untern Stumplisbach, neben Jakob Mutter und Pelag Maise;

18) ca. 1 Vierling 20 Ruthen Wald im obern Stumplisbach, beiderseits Pelag Maise;

19) ca. 1 Vierling 30 Ruthen Wald auf dem Arthaldenbühl, neben Abraham Rüde und Blasius Maise;

20) ca. 1 Vierling 45 Ruthen Wald hinter der Ebertsmatt, neben Josef Huber;

21) ca. 1 Vierling 45 Ruthen Wald in der Gaishalden, beiderseits Jakob Mutter;

22) ca. 45 Ruthen Wald im Thal, neben Kaspar Arzner und Fridolin Zimmermann;

23) ca. 1 Vierling Wald im Thal, neben Josef Zimmermann und sich selbst.

Waldshut, den 29. Dezember 1862.

Großh. bad. Amtsgericht.
Eble.

Z.s.313. Nr. 400. Mannheim. (Urtheil.)

In Sachen
der Ehefrau des Kaufmanns Theodor Johanning, Amalie, geb. Straßer, dahier, Kl.,
gegen
ihren Ehemann, Bekl.,
Vermögensabsonderung betr.,

wird der thatsächliche Klagvortrag für zugestanden, jede Einrede für versäumt erklärt und zu Recht erkannt:

Es sei das Vermögen der Klägerin von dem des Beklagten abzusondern und habe Beklagter die Kosten des Verfahrens zu tragen.

V. R. W.

Mannheim, den 10. Januar 1863.

Nr. 1310. Vorstehendes Urtheil wird mit dem Anfügen veröffentlicht, daß dasselbe unterm Heutigen in das Handelsregister eingetragen wurde.

Mannheim, den 20. Januar 1863.

Großh. bad. Amtsgericht.
Exter.

Z.s.178. Nr. 300. Ladenburg. (Erbvorladung.) Zur Erbfolge am Nachlaß des am 20. Dezember 1862 verstorbenen verwittweten Bürgers und Ackersmann Wenzeslaus Ding in Neckarhausen ist dessen Enkel Peter Ding von da, geboren am 17. April 1839, als Miterbe vom Gesetze berufen.

Der Aufenthaltsort des genannten Peter Ding ist unbekannt, daher an diesen die Aufforderung ergeht,

binnen drei Monaten,

von heute an, sich zur Empfangnahme der Erbschaft bei der unterzeichneten Theilungsbehörde um so gewisser zu melden, widrigenfalls die Erbschaft lediglich Denjenigen werde zugetheilt werden, welchen sie zukäme, wenn der Vorgeladene zur Zeit des Erbanfalls nicht mehr gelebt hätte.

Ladenburg, den 21. Januar 1863.

Großh. bad. Amtsrevisorat.
Beyer.

Z.s.390. Nr. 769. Breisach. (Fahndung.) Dem Sesselmacher und Schreinergesellen Wilhelm Deubert von Kümerzell (Kurhessen) soll ein Urtheil verkündet werden. Da sein Aufenthaltsort unbekannt ist, werden sämmtliche Gerichts- und Polizeibehörden ersucht, wenn der Aufenthalt desselben dort bekannt werden sollte, uns baldgefällig hievon Nachricht zu geben. Breisach, den 23. Januar 1863. Großh. bad. Amtsgericht. Schätz.

Z.s.408. Nr. 1034. Mannheim. (Aufforderung und Fahndung.) Martin Faulhaber von Dürkheim ist des Betrugs eines Paars Stiefel von Kalbleder mit Rohr von Saffian, z. N. des Benedikt Baumann, beschuldigt.

Derselbe wird aufgefordert, sich binnen 14 Tagen dahier zu stellen, indem sonst nach dem Ergebniß der Untersuchung das Erkenntniß werde gefällt werden.

Zugleich bitten wir, auf Martin Faulhaber zu fahnden, und ihn im Betretungsfalle anher abzuliefern.

Mannheim, den 26. Januar 1863.

Großh. bad. Amtsgericht.
Exter.

Z.s.396. Nr. 1167. Karlsruhe. (Aufforderung.) Dragoner Josef Heuberger von Karlsruhe ist aus seiner Garnison dahier entwichen. Derselbe wird aufgefordert, sich

binnen vier Wochen

dahier zu sistiren, widrigenfalls er in die gesetzliche Vermögensstrafe verfällt und des Staatsbürgerrechts für verlustig erklärt werden wird.

Zugleich wird dessen Vermögen mit Beschlag belegt.

Karlsruhe, den 24. Januar 1863.

Großh. bad. Stadtamt.
v. Neubronn.

vdt. Blattner.

Z.s.309. Nr. 746. Offenburg. (Aufforderung.) Da die zur ordentlichen Konskription pro 1863 Pflichtigen:

Loos Nr. 13, Wilhelm Stößle von Hofweier,
„ „ 51, Augustin Ruf von Zunsweier,
„ „ 69, Anton Gallus von Niederschopfheim,
„ „ 132, Johann Mich. Speck von Altenheim,
„ „ 178, Vital Bruder von Durbach

der oberamtlichen Aufforderung vom 18. v. M., Nr. 10,415, keine Folge geleistet, so werden dieselben wegen Refraktion, und zwar Jeder, in die gesetzliche Strafe von 800 fl. verfällt und ihres Staats- und Ortsbürgerrechts für verlustig erklärt.

Offenburg, den 24. Januar 1863.

Großh. bad. Oberamt.
v. Faber.

Z.s.401. Bruchsal. (Bekanntmachung.) Nach Beschluß vom Heutigen, Nr. 1510, ist heute unter O.Z. 15 der Ehevertrag des Kaufmanns Karl Friedrich Hofheinz zu Bruchsal mit Maria Kleopha Stelzer von hier vom 4. Februar 1852, wornach jeder Theil 50 fl. in die Ehegemeinschaft einbringt, und alle übrigen, gegenwärtigen und zukünftigen Fahrnisse von der Gemeinschaft ausgeschlossen sind, ins Firmenregister dahier eingetragen worden. Bruchsal, den 23. Januar 1863. Großh. bad. Amtsgericht. Dietz.

Z.s.403. Bruchsal. (Bekanntmachung.) Nach Beschluß vom Heutigen, Nr. 1503, wurde heute unter O.Z. 11 der Ehevertrag des Kaufmanns Johann Balde zu Bruchsal mit Lisette, geb. Bauer, von hier vom 28. Juli 1853, wornach jeder Theil 50 fl. in die Gemeinschaft einwirft, alle übrigen, gegenwärtigen und zukünftigen Fahrnisse ausgeschlossen werden, in das Firmenregister dahier eingetragen. Bruchsal, den 23. Januar 1863. Großh. bad. Amtsgericht. Dietz.

Z.s.402. Bruchsal. (Bekanntmachung.) Nach Beschluß vom Heutigen, Nr. 1508, ist heute unter O.Z. 1 die Bestellung des Gustav Dreyfuß für die Firma David Dreyfuß zu Bruchsal in das Firmenregister dahier eingetragen worden. Bruchsal, den 23. Januar 1863. Großh. bad. Amtsgericht. Dietz.

Z.s.398. Neckarbischofsheim. (Erledigte Aktuarsstelle.) Eine Aktuarsstelle mit 350 fl. auf 1. April oder Mai zu besetzen. Großh. bad. Amtsgericht Neckarbischofsheim. Dr. Fritschi.

Frankfurt, 27. Jan. 1863. **Staatspapiere.**

		Per compt.			Per compt.
Oestr.	5% Met. i. S. b. R.	— —	Baden	4% Obligation.	101 P.
„	5% do. in holl. St.	— —	„	3½% dto. v. 1842	95⅛ P.
„	5% do. 1852 i. Lst.	82½ G.	G.-Hess.	5% Obligation.	102⅞ G.
„	5% do. 1859 „ „	80½ P.	„	4% dto.	100⅞ P.
„	5% Lomb. i. S. b. R.	88⅛ P.	„	3½% dto.	97¾ P.
„	5% Venet. C. b. R. 6/7	81 b. G.	Nassau	5% Oblig. b. Rth.	103⅝ P.
„	5% Nat.-Anl. 1854	69¼ b. G.	„	4½% dto.	102⅜ P.
„	5% Met.-Obligat.	63 G.	„	4% dto.	99⅜ P.
„	5% do. 1852 C. b. R.	63⅛ G.	„	3½% dto.	94½ P.
„	4½% Met.-Oblig.	56½ P.	Brschw.	3½% O. b. R. à 105	94⅛ P.
Preuß.	5% Oblig. b. Rth.	106¾ P.	Lurbg.	4% O. Fr. à 28 kr. b. E.	94 P.
„	4½% dto.	102⅝ G.	Frankf.	3½% Obligation.	99⅜ P.
„	4% dto.	99½ P.	„	3% dto.	95 P.
„	3½% Staatssch.	89¾ P.	Rußl.	5% Obl. in L. à fl. 12	93 P.
Bayern	5% 4. Emission	— —	Span.	3% inl. Schuld	50 G.
„	4½% 1jährig	103½ P.	„	2% Schuld	46¼ G.
„	4½% ½jährig	104⅛ P.	Belgien	4½% O. i. Fr. à 28 kr.	100⅜ P.
„	4% 1jährig	101¾ P.	Schwd.	4½% Obligation.	99⅝ P.
„	4% ½jährig	101¾ P.	„	4½% Pfbf. b. B. & E.	98¾ P.
„	4% Ablös.-Rente	101⅜ P.	Schwz.	4½% E. O. Fr. à 28 k.	101⅞ P.
„	3½%	— —	„	4½% Bern. St.-O.	101⅞ P.
Wrtbg.	4½% Obl. b. Rth.	106 G.	„	4% dto.	96 G.
„	4% ditto	104¼ G.	„	5% Gf. St. O. Fr. 28	98⅞ P.
„	3½% ditto	98⅛ P.	N.-Am.	6% St. i. D. à fl. 2. 30	— —
Baden	4½% Obligation.	— —	„	5% do. 1871 u. 74	— —

Anlehens-Loose.

Oest. 250 fl. b. R 1839	122½ P.
„ 250 „ „ 1854	78 P.
„ 100 „ Pr. L. 1858	133¼ G.
„ 500 „ v. 1860 6/7	80¼ b.
3½% Preuß. Pr. A.	130 G.
Schwed. Rthlr. 10 L.	10 P.
Bad. 50-fl.-Loose	108½ P.
„ 35- „ „	56⅛ P.
Kurh. 40 Thl. L. b. R.	57¾ P.
Gr.-Hess. 50 fl. L. b. R.	134½ P.
„ 25 „ „ „	40½ P.
Nass. 25 fl. L. b. R.	39½ G.
Sch.-Lippe 25 Thl. L.	— —
Sard. 36 Fr. L. b. B.	54½ P.
3% L. A. d. St. Brüss.	34¾ P.
Mail. 45 Fr. L. b. R.	96¾ P.
2½ Lütt. Pr.-O. b. G	36 P.
Ansb.-Gunzenh. L.	12¾ P.

Wechsel-Kurse.

Amsterdam	t. S.	101 B.
Antwerpen	„	93⅝ G.
Augsbg. 24 fl. 100	„	100 B.
Berlin	„	105 B.
Bremen	„	96½ B.
Brüssel	„	93⅝ G.
Cöln	„	105 B.
Hamburg	„	89 B.
Leipzig	„	105 B.
London	„	118⅛ G.
Maild. i. Fr. 200	„	93⅝ G.
München	„	99⅞ B.
Paris	„	94 B.
Wien	„	101⅜ B.
Disconto		3% G.

Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.

3% Frankfurter Bank	134¼ b.	Friedr.-Wilh.-Nordb.-Akt.	— —
3% Oesterr. Bank-Aktien	834 b. G.	5% Liv.-Flor. 420 Fr. à 28 kr.	— —
5% „ Cred. A. i. O. W.	230 b.	3% Oest. St.-Eisenb.-Prior.	55⅞ G.
3% Bayr. Bank à fl. 500	— —	3% Oest. Süd. St. u. Lom. EB	53⅝ P.
4% Darmst. B.-A. à fl. 250	242½ G.	5% Elisabethbahn-Prior. 6/7	84¼ P.
4% Weimar. Bank-Aktien	91 P.	5% Böh. W.-B. P. i. S. b. R 6/7	84¼ P.
4% Mitteld. Cr.-A. à 100 Th.	96⅛ G.	4½% Hess. Ldwgsb.-Prior.	101⅝ G.
4% Nordd. Credit-Aktien	— —	5% Oest. Ld. 1. Pr.-O. i. Silb.	76 G.
4% Luxemb. Bank-Aktien	107½ G.	„ „ „ 2. „ „	73½ G.
Span. H. u. Ind. Fr. 500 à 28	645 P.	5% Ldwh.-Verb. Prior.-Obl.	— —
Taunusbahn-Akt. à fl. 250	311 P.	4½% „ „ „	103¼ P.
3½% Frankf. Han. Esnb.-A.	100¾ b.	4% „ „ „	99½ P.
5% Oesterr. Staats-Esnb.-A.	233 G.	4½% Rhein-Naheb. Pr. O.	101½ P.
5% Elisab.-B. fl. 200 pr. St. 5/6	129½ P.	4½% Frkft.-Han. Prior. O.	— —
Rhein-Nahe-Bahn	— —	4% Südd. Bnk.-A. 30% Einz.	258 P.
4% Ldwh.-Verb. Eisenbahn	141 P.	Span. Cr. b. Pereire 70% „	860 G.
4½% Pf. Max-Esb.-A. b. R.	108½ G.	4½% Bayer. Ostb. 30% „	112⅛ G.
4½% Bayer. Ostbahn-Aktien	113 G.	3% Deutsch. Phönix 20% „	152½ P.
4% Hess. Ludwigsbahn	130¾ P.	4% Frkf. Provident. 10% „	— —

Gold und Silber.

Pistolen	fl.	9 39
Preuß. Friedrd'or.	„	9 56
Holl. fl. 10 Stücke	„	9 46½
Rand-Ducaten	„	5 34
20-Frankenstücke	„	9 23
Engl. Sovereigns	„	11 48
Gold pr. Zollpfund	„	803—8
Hochh. Silb. p. Zpfd.	„	52 30
Preuß. Cassensch.	„	1 45⅛
Dollars in Gold	„	2 25½

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

Mit einer Beilage.